

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 10.04.2014**

öffentlich

Ort: Treffpunkt: DLZ Familie, Hansering 20
Fortführung SGGGA im Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:55 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	Vertretg. f. Herrn Schachtschneider
Frau Gertrud Ewert	SPD	Vertretg. f. Herrn Bonan
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Sabine Wolff	MitBürger - NEUES FORUM	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Ute Borchert	SKE	
Herr Manfred Czock	SKE	
Herr Eric Eigendorf	SKE	
Herr Dr. Sebastian Kranich	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Frau Annette Wunderlich	SKE	
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle	
Frau Martina Vofrei	Bereichsleiterin Jobcenter Halle	Vertretg. f. Frau Tempel
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat	
Frau Helga Schubert	Liga d. freien Wohlfahrtspflege	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Jörg Baus	Verwaltung	
Herr Thomas Godenrath	Verwaltung	
Frau Konstanze Hermann	Verwaltung	
Frau Petra Schneutzer	Verwaltung	
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verwaltung	
Frau Susanne Wildner	Verwaltung	
Frau Annerose Winter	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Vertretg. durch Frau Wünscher
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Robert Bonan	SPD	Vertretg. durch Frau Ewert
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	
Herr Mamad Mohamad	SKE	
Frau Brigitte Thieme	SKE	
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin Jobcenter	Vertretg. durch Frau Vofrei
Herr Dr. Toralf Fischer	Verwaltung	
Frau Dr. Christine Gröger	Verwaltung	
Frau Kerstin Riethmüller	Verwaltung	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Besuch des DLZ Familie

Die Mitglieder des SGGA besuchten das DLZ Familie und verschafften sich einen Überblick zu den Aufgaben und zur Arbeitsumsetzung.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung zur Tagesordnung.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Besuch des DLZ Familie
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift
5. Bericht Jobcenter Halle (Saale)
6. Vorstellung der Malteser
7. Beschlussvorlagen
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
10. Mitteilungen
- 10.1. Indikatorenbericht für Migration und Integration der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2014/12488
- 10.2. Bericht zum Arbeitsstand des 1. Gleichstellungsaktionsplans der Stadt Halle (Saale)
- 10.3. Fallzahlenstatistik FB Soziales
- 10.4. Themenspeicher
11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
12. Anregungen

Abstimmungsergebnisse: einstimmig zugestimmt

zu 4 **Genehmigung der Niederschrift**

Die Mitglieder des SGGA stimmten der Niederschrift vom 13.03.2014 zu.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 5 **Bericht Jobcenter Halle (Saale)**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte die Bereichsleiterinnen Frau Grummisch und Frau Vofrei vom Jobcenter Halle (Saale).

Monatsstatistik März 2014 – Jobcenter Halle

Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, äußerte sich zur Monatsstatistik des Jobcenters für März 2014. Es waren 172 mehr Zugänge bei den Arbeitslosen zu verzeichnen als im Vormonat, insgesamt 2.418 Zugänge im Monat März 2014. 564 Arbeitslose konnten im März in eine Erwerbstätigkeit vermittelt werden. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften lag im März 2014 bei 20.221.

Der Rückgang der Bürgerarbeit macht sich nun bereits bemerkbar. So waren 108 Austritte zu verzeichnen. 13 Personen wurden in geförderte/ungeförderte Integration und 16 Arbeiter in „Jahresringe“ vermittelt. 13 Personen nehmen an einer Weiterbildung teil. 66 Arbeiter mussten in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.

BuT-Statistik (Bildung und Teilhabe) – Jobcenter Halle

Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, erläuterte die Zahlen der BuT-Statistik. Im I. Quartal 2014 wurden 5.001 Anträge gestellt, davon wurden 4.131 bewilligt, 129 abgelehnt, 58 Versagungen ausgesprochen, 25 Verzichte und 316 Weiterleitungen lagen vor. Frau Grummisch wies auf die detaillierte Ausführung der Statistik hin. So wurden z. B. die Altersstrukturen für die Lernförderung prozentual dargestellt, gleichfalls sind die Zahlen für die gemeinschaftliche Mittagsversorgung und die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ausführlich aufgeführt.

Zur Nachfrage von **Herrn Schachtschneider, CDU**, in den letzten SGGA-Sitzungen zu den Qualifizierungen EQ und EQplus führte **Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, aus. Die entsprechende Statistik ist auf einem dem Protokoll beiliegenden Schriftstück aufgeführt. Frau Vofrei wies darauf hin, dass die genannten Zahlen *ausschließlich für den internen Gebrauch* zu verwenden sind.

Frau Wolff, MitBürger für Halle – Neues Forum, äußerte sich dazu, dass bei der hohen Schulabbrecherquote nur 177 Anträge zur Lernförderung gestellt wurden. Dies ist ein sehr trauriges Ergebnis. Hier sollte unbedingt eine Verbesserung auf dem Gebiet der Jugendsozialarbeit erfolgen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, gab an, dass dem Jobcenter 2,5 Mio. Euro mehr für Eingliederungstitel zur Verfügung gestellt wurden. Sie bat um Informationen zum Hochwasserfolgebericht und dem Projekt „Sport baut Brücken“.

Frau Vofrei und Frau Grummisch, Bereichsleiterinnen Jobcenter Halle, sicherten für den nächsten SGGA eine Beantwortung zu.

Weitere Nachfragen zum Bericht und den Statistiken wurden nicht gestellt.

zu 6 Vorstellung der Malteser

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte Herrn Daniel Enderlein.

Herr Enderlein, Stadtbeauftragter des Malteser Hilfsdienst e. V., stellte die Arbeit der Malteser vor. Zurzeit sind 60 ehrenamtliche HelferInnen bei den Maltesern tätig. Die Organisation lässt sich gut mit dem DRK oder ASB vergleichen. Die Malteser wurden vor 50 Jahren gegründet und sind auf das christliche Menschenbild ausgerichtet. Die Arbeit des Malteser Hilfsdienstes umfasst die 1. Hilfe – Notfallrettung sowie den Katastrophenschutz. Weiterhin unterstützt der Malteser Hilfsdienst die mobile soziale Betreuung von Hochwasserbetroffenen, hier z. B. beim Ausfüllen der Anträge und Formulare, um Förderung von den Behörden zu erhalten. Ferner führte Herr Enderlein verschiedene Projekte zur Unterstützung älterer Menschen, Demenzkranker, aber auch für die Malteser-Jugend an. Die Malteser sind z. B. auch im Ausland tätig, so wird z. B. ein Kinderheim in Litauen unterstützt. Herr Enderlein machte deutlich, dass die sozialen Dienste durch den Malteser Hilfsdienst e. V. eigenfinanziert werden und keine Förderung durch die Stadt Halle (Saale) erhalten.

Frau Wolff, MitBürger für Halle – Neues Forum, möchte wissen, ob alle Dienste der Malteser ehrenamtlich finanziert werden oder ob durch andere Träger Fördermittel zur Verfügung gestellt werden.

Herr Enderlein sagte aus, dass durch den Rettungsdienst und den Krankentransport eine Finanzierung der Malteser gGmbH erfolgt, hier ist z. B. der Notruf-/Sanitätsdienst verankert.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragte nach, wie neue Mitglieder und Helfer für den Malteser Hilfsdienst angeworben werden.

Herr Enderlein äußerte sich dazu, dass durch Mund-zu-Mund-Propaganda neue Leute geworben werden. Gerade auch beim letzten Hochwasser zeigten viele junge Leute Interesse an der Arbeit der Malteser. Auch durch Präsentationen der Arbeit der Malteser und Zeitungsartikel können neue Mitglieder rekrutiert werden.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte Herrn Enderlein für seine Ausführungen und wünschte für die weitere Arbeit viel Erfolg und alles Gute!

zu 7 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 8 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 9 **schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 10 **Mitteilungen**

zu 10.1 **Indikatorenbericht für Migration und Integration der Stadt Halle (Saale) **Vorlage: V/2014/12488****

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte Frau Schneutzer und Herrn Bettzüge des Bereiches Beauftragte für Migration und Integration sowie Herrn Dr. Tarek Ali, Vorsitzender des Ausländerbeirates.

Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration, führte anhand einer kompakten Powerpointpräsentation zum umfangreichen Indikatorenbericht für Migration und Integration aus.

Vorab bedankte sie sich bei den einzelnen Geschäftsbereichen, dem Jobcenter und den Fraktionen für die Unterstützung bei der Erstellung des Indikatorenberichts.

Bisher waren 1 Mio. Zuzüge nach Deutschland zu verzeichnen, davon 650.000 aus EU-Ländern und 340.000 aus Drittstaaten. Bis 2025 werden 16.000 Menschen ohne deutschen Pass in Halle (Saale) und 24.700 Menschen mit Migrationshintergrund leben. Durch die neue EU-Freizügigkeit können jetzt auch Personen aus Polen, Bulgarien und Rumänien einreisen und die Arbeitssuche in Deutschland aufnehmen.

Hinsichtlich der Sprachförderung machte **Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration**, klar, dass Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse in internationalen Klassen (ab 5. Klasse) untergebracht werden. So z. B. können als gute Beispiele die Fliederweg- und Reilschule benannt werden.

Integrationskurse werden von 3 zugelassenen Bildungsträgern angeboten. Hier gibt es keine Defizite. So werden beispielsweise Elternintegrationskurse an der Kastanienschule angeboten, die auf großes Interesse stoßen. Hier wird eine Erweiterung dieser Angebote in Betracht gezogen.

Für niederschwellige Frauenkurse liegen keine Angebote vor, begründet auch dadurch, dass in Halle kein Träger solche Kurse unterstützt. Eventuell wird über ein Ausweichen zur Nutzung dieser Kursart in andere Städte nachgedacht.

Herr Bettzüge, Mitarbeiter des Bereiches Migration und Integration, äußerte sich zur Arbeitsmarktintegration. Es wird ein Anstieg der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer deutlich. 42 % der Ausländer haben einen Abschluss im Sozial- bzw. Pädagogikbereich. Leider werden nicht alle im Ausland erworbenen Abschlüsse in Deutschland anerkannt. ¼ der Gewerbebeanmeldungen wurden von Ausländern beantragt.

Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration, machte deutlich, dass für Arbeit und Berufsausbildung Fachgruppen gegründet wurden und eine Aufgabenbündelung innerhalb der Netzwerkarbeit erfolgt.

Die Zusammenarbeit mit verschiedenen Einrichtungen hat sich seit 2006 mit 56 bis zum Jahr 2012 auf 75 erhöht.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte Frau Schneutzer und Herrn Bettzüge für ihre Ausführungen und brachte zum Ausdruck, dass die Integration gelebt wird und gute Ansätze zu erkennen sind. Auch ist Sachsen-Anhalt für die Integration von Ausländern beispielgebend.

Frau Tomczyk-Radji, SKE, möchte Auskunft zur Alters- und Geschlechterstruktur. Die Geburtenrate steigt nur relativ wenig, die Sterberate ist bisher gleich geblieben. Können diesbezüglich konkrete Schlussfolgerungen für die Zukunft genannt werden? Weiterhin bat sie um Information zur politisch motivierten Kriminalität.

Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration, äußerte sich zur Frage der politisch motivierten Kriminalität dahingehend, dass der Bericht auch der Polizei vorgestellt wird. Konkrete Zahlen und Tendenzen diesbezüglich lagen jedoch noch nicht vor. Frage 1 beantwortete Frau Schneutzer damit, dass die Zu- und Abwanderung keine wesentliche Rolle spielt. Das Thema ist auch Gegenstand der Beratungen im Seniorenrat. Für den Heimbereich ist Frau Riethmüller aussagekräftig. Anträge auf Heimbetreuung durch ausländische Mitbürger sind jedoch sehr selten. Die Absicherung der Betreuung älterer ausländischer Menschen erfolgt innerhalb der Familie.

Frau Ewert, SPD, fragte nach Unterstützung für religiöse Gemeinschaften und entsprechende Erhebungen dazu.

Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration, machte klar, dass ein Handbuch für Migrationsarbeit zur Verfügung steht, weiterhin verwies sie auf den Link www.integration.de, hier ist eine Zusammenstellung von Religionsgemeinschaften mit entsprechenden Anschriften zu finden.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, sagte aus, dass eine Beratung mit EB Kita stattfand. Problematisch ist die Sprachverständigung mit den Eltern in den Kindertageseinrichtungen.

Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration, brachte zum Ausdruck, dass Unterstützung gegeben wird. So fand z. B. ein Gespräch mit der Referentin der „Kinderinsel“ statt. Es ist angedacht, für den Kita-Bereich Vorschriften, Regelungen, Schreiben in unterschiedlichen Sprachen anzubieten. Eventuell stehen hier Eltern mit mehrsprachiger Ausbildung für die Übersetzung als Hilfe zur Verfügung.

Herr Czock, SKE, schlug vor, die Handwerkskammer zur Anerkennung von Berufsabschlüssen im handwerklichen Bereich stärker mit einzubinden.

Herr Bettzüge, Mitarbeiter des Bereiches Migration und Integration, legte dar, dass das Jobcenter entsprechende Angebotstage für Migranten anbietet. Weiterhin erfolgt eine gute Zusammenarbeit mit der SPI GmbH. Auch wird mit verschiedenen Handwerksbetrieben kooperiert.

Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration, sagte aus, dass das Anerkennungsgesetz für den Einsatz von Migranten anzupassen ist. Diese Entscheidung wird jedoch auf Landesebene getroffen. Hierzu werden bereits Gespräche mit der Landesbeauftragten geführt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, gab an, dass freie Träger und auch Krankenhausträger für den Pflegebereich um Personal werben. So ist vorgesehen, dass 40 vietnamesische Krankenschwestern in Halle eine Anstellung erhalten. Da die Zahlen im Asylbereich auch weiterhin steigen, rechnet er damit, dass die Gemeinschaftsunterkünfte im September 2014 zu 100 % belegt sind. Ziel ist es, die Menschen so schnell wie möglich in Wohnraum unterzubringen. Dies gelingt auch in der Regel sehr schnell. Zukünftig ist beabsichtigt, Asylbewerber in Wohngemeinschaftsformen unterzubringen und sie dort auch entsprechend zu betreuen.

Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales, erläuterte, dass im März 2014 11.280 Asylbewerber nach Deutschland gekommen sind. Die Verteilung erfolgt nach dem sogenannten Königsberger Schlüssel. 3 % der Zuweisungen erhält Sachsen-Anhalt (= 347), davon hat Halle eine Zuweisungsrate in Höhe von 11,2 % (= 38 für Monat März).

Frau Hanna Haupt, SPD, fragte nach, warum für den Indikatorenbericht keine Beschlussvorlage in den Stadtrat eingebracht wurde.

Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration, äußerte sich, dass die Absprachen für eine Informationsvorlage getroffen wurden. Sie sieht keinen Hinderungsgrund, warum nicht auch ohne Beschluss mit den im Indikatorenbericht genannten Faktoren gearbeitet werden kann.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, sagte dazu, dass es sich um einen Bericht und nicht um einen Beschluss handelt.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte noch einmal den an der Erstellung des Berichts Beteiligten und wünscht für die weitere Arbeit viele Fortschritte und gutes Gelingen.

zu 10.2 Bericht zum Arbeitsstand des 1. Gleichstellungsaktionsplans der Stadt Halle (Saale)

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, erläuterte, dass in Kürze eine Beschlussvorlage zum 1. Gleichstellungsaktionsplan eingebracht wird. Die Verwaltung hat seit Oktober 2013 an diesem Plan gearbeitet, die Themen wurden beraten, die Arbeitsgespräche mit den Geschäftsbereichen und Fraktionen sind nun beendet. Verschiedene Projekte werden zz. noch nachgebessert und überarbeitet. Zeitnah wird die entsprechende Geschäftsbereichsbeteiligung für die Beschlussvorlage erfolgen. Der 1. Gleichstellungsaktionsplan wurde mit Prognosen aus der Verwaltung erarbeitet, der Folgeplan und die diesbezüglichen Verfahren werden breiter angelegt und erweitert.

Weitere Nachfragen wurden nicht gestellt.

zu 10.3 Fallzahlenstatistik Fachbereich Soziales

Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales, erklärte die vorgelegte Fallzahlenstatistik.

Steigende Fallzahlen im Bereich HLU bedeuten auch steigende Kosten. Die Stadt ist hier zu 100 % leistungspflichtig. Die Grundsicherung hingegen wird vom Bund zu 100 % getragen. Dies betrifft jedoch nur das IV. Kapitel des SGB XII. Voraussetzung ist entweder der Renteneintritt oder die dauerhaft volle Erwerbsminderung von Personen. Sind die Personen hingegen noch erwerbsfähig, dann unterfallen sie dem SGB II. Zuständig ist dann das Jobcenter. Die Stadt Halle (Saale) zahlt dann nur den KdU-Anteil. Letztendlich entscheidet der Rententräger, wann dauerhaft eine Erwerbsunfähigkeit vorliegt. Je nach Fallgestaltung zahlt also die Stadt Halle (Saale) 100 %, der Bund 100 % oder das Jobcenter – die Stadt übernimmt nur den KdU-Anteil.

Zu Punkt 3 der Statistik (KdU – Kosten der Unterkunft) merkte Herr Baus an, dass die Ausgaben seit 2011 verhältnismäßig konstant blieben. Aufgrund der steigenden Betriebskosten ist aber auch hier mit einem Kostenanstieg für die Stadt Halle (Saale) zu rechnen.

Nr. 4 – Leistungen im AsylbLG erläuterte Herr Baus, dass diesbezüglich am 08.04. eine Beratung beim Städte- und Gemeindebund in Magdeburg stattfand. Es handelt sich hier um den übertragenen Wirkungskreis. Die Städte erhalten die verauslagten Kosten eigentlich zu 100 % refinanziert. Leider ist das FAG hier intransparent. Derzeit werden 2 Alternativen im Ministerium diskutiert. Entweder wird die Abrechnung in Form einer Fallpauschale vorgenommen oder es erfolgt eine Spitzabrechnung. Für große Städte - wie Halle (Saale) - ist eine Abrechnung nach § 11 Abs. 1 Satz 5 FAG günstiger. Für medizinische Behandlungen fallen höhere Ausgaben an als in den Landkreisen, da in den Städten Krankenhäuser vorhanden sind. So hat Dessau z. B. ein Kostenaufkommen von 150.000 Euro für Behandlungskosten, in Halle (Saale) liegt diese Ausgabe bei 600.000 Euro. Die Abrechnung nach FAG ist für die Städte auch deshalb kostengünstiger, da die Mieten in den Städten höher sind als in den Landkreisen.

Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales, bat die Stadträte, in ihren Fraktionen Werbung dafür zu machen, dass es bei der Abrechnung nach § 11 Abs. 1 Satz 5 FAG bleibt. Die Fallpauschale ist für die Stadt wirtschaftlich ungünstiger.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte Herrn Baus für seine Darstellungen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, gab an, dass die Ausgaben im pflichtigen Bereich weiter steigen werden. Hierbei sind jedoch auch Land und Bund stärker einzubinden und zu beteiligen. Bei der KdU - gerade bei den Betriebskosten (Wasser, Abwasser, Müllgebühren) - obliegt dem Stadtrat die Entscheidung zu einer Kostenanhebung. Eine Kostensteigerung bedeutet jedoch auch, dass die Stadt Halle (Saale) mehr finanzielle Mittel für die KdU einplanen und zur Verfügung stellen muss.

Frau Wolff, MitBürger für Halle – Neues Forum, machte deutlich, dass eine Steigerung der KdU-Ausgaben weiter prognostiziert wird. Die von der Stadtverwaltung veranschlagten Planzahlen sind daher nicht ausreichend.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, wies darauf hin, dass die entsprechenden Zahlen im Haushalt verständlich dargelegt werden müssen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erläuterte, dass auch unter den Selbstständigen viele als Aufstocker Leistungen erhalten.

zu 10.4 Themenspeicher

Zum Themenspeicher gab es keine weiteren Anregungen.

Frau Wünscher, CDU, gab den Hinweis, dass es sich bei der „Pustebume“ nicht um eine konfessionelle Einrichtung handelt. Es wird eine Änderung im Themenspeicher aufgenommen.

zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Schlüssiges Konzept

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Auskunft zu den Erfahrungen mit dem schlüssigen Konzept. Ist es richtig, dass die Firma, die das Konzept für die Stadt Halle (Saale) erstellt hat, speziell in Sachsen-Anhalt ein Gerichtsverfahren verloren hat? Sind die Kosten des schlüssigen Konzepts abgesenkt worden?

Halle-Pass (G)

Hier beehrte **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, die Information, zu den Änderungen im Halle-Pass (G) und ob Beschwerden vorliegen. Wie viele Halle-Pässe (G) wurden ausgereicht? Wie ist die konkrete Ausgestaltung?

Taubenbelästigung

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, liegt ein Schreiben zur Belästigung durch Tauben in der Südstadt vor.

Die Fragen 1 und 2 wurden durch **Herrn Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, beantwortet:

Er erinnerte, dass Herr Jacobs von der Firma Analyse & Konzepte, die das Konzept bereits im Ausschuss vorstellte, selbst darauf hingewiesen hatte, dass die Firma vor dem Sozialgericht Dessau-Roßlau verloren hatte. Das Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig. Mittlerweile liegen ein Dutzend Gerichtsurteile auch von Landessozialgerichten vor, die das schlüssige Konzept der Firma bestätigen. Eine Garantie kann er nicht geben, aber er ist optimistisch.

Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales, erklärte, dass für die 2-Personen-Haushalte eine Kostensenkung von 333 auf 330 Euro vorgenommen werden soll. Die Haushalte erhalten vom zuständigen Sachbearbeiter eine Kostensenkungsaufforderung. Hierbei wird durch den Sachbearbeiter auch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für einen eventuellen Umzug vorgenommen.

Zum Halle-Pass (G) führte **Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, aus, dass viele Beschwerden eingereicht wurden, allerdings keine Klagen. Die Stadt agiert im freiwilligen Bereich, weshalb die Erfolgsaussichten einer Klage gering sind. Beim Halle-Pass (G) gab es monatliche Wertmarken im Gegenwert von 4 x 4 Euro zur Inanspruchnahme von Taxifahrten. Er erinnerte noch einmal an die Haushaltsdiskussion, dass 100.000 Euro eingespart werden mussten. Darunter fielen auch die Wertmarken des Halle-Passes (G). Durchschnittlich wurden im Jahr 2013 175 Halle-Pässe (G) ausgestellt.

Frage 3 beantwortete **Frau Dr. Schwarzer, Abteilungsleiterin Fachbereich Gesundheit**. Das Problem der Taubenbelästigung ist bekannt. Auch im Fachbereich Gesundheit gehen zunehmend Beschwerden diesbezüglich ein. Frau Dr. Schwarzer erklärte, dass es sich bei den Tauben um geschützte Ringeltauben handelt, die nicht „bekämpft“ werden dürfen. Es handelt sich hier um „Bio-Lärm“, der hinzunehmen ist.

zu 12 Anregungen

Es lagen keine Anregungen vor.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, schloss um 18:55 Uhr den öffentlichen Teil des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses.

Für die Richtigkeit:

Datum: 19.05.14

Tobias Kogge
Beigeordneter für Bildung und Soziales

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Konstanze Hermann
Protokollführerin